



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0 886 890

P/XIV/213 - 21. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Wie steht es mit der Kontrolle von Kernwaffenversuchen? Östliche und westliche Einwände	60
3	Deutsch-mexikanische Kontakte Von unserem Korrespondenten in Mexiko, Max Diamant Ein Interview mit MdB Schmitt-Vockenhausen	47
4 - 5	Adenauer torpediert Parteireform Zur letzten CDU-Vorstandssitzung	60
5 - 6	Schweigen bei Schröder Die Notstandspläne des Bundesinnenministeriums	49
7	Zwei deutsche Theater in Rumänien Es gibt auch zahlreiche deutschsprachige Laienspielgruppen	37

* * * * *
* * *

Wie steht es mit der Kontrolle von Kernwaffenversuchen?

G.H. - Übereinstimmend ist im Westen nach Bekanntwerden der Abrüstungsvorschläge Chruschtschows darauf hingewiesen worden, daß die Frage einer allseitigen und wirksamen Kontrolle von Kernwaffenversuchen der wichtigste Punkt bei dem Versuch der Realisierung der sowjetischen Vision einer befriedeten Welt bleibt. Chruschtschow selbst hat in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung dieses Problem nur am Rande angesprochen und damit selbstverständlich ein gewisses Mißtrauen seinem ganzen Vorschlag gegenüber ausgelöst.

Man findet bereits seit geraumer Zeit Verhandlungen über die Kontrolle von Atomwaffenversuchen statt. Seit dem 31. Oktober 1958 tagt in Genf eine von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion eingesetzte Kommission, die nicht nur in einer Prinzipien-erklärung zur Einstellung von Atomwaffenversuchen, sondern auch schon in siebzehn Detailfragen zu einer Übereinstimmung gelangt ist.

Wissenschaftler aus Ost und West haben nachgewiesen, daß es heute möglich ist, Kernexplosionen an jedem beliebigen Punkt der Erde und sogar im Weltraum festzustellen. Das kann nicht nur von Sternwarten aus geschehen, auch die künstlichen Erdsatelliten können mit Instrumenten ausgerüstet werden, mit deren Hilfe jede Kernexplosion an der Oberfläche der Erde kontrolliert werden kann.

Die Schwierigkeiten der Genfer Verhandlungen begannen dort, wo man darüber streiten mußte, ob und mit welchen Mitteln unterirdische Kernexplosionen getestet werden können. Russische, amerikanische und englische Wissenschaftler gelangten gemeinsam zu der Auffassung, daß zum Beispiel ein "normales" Erdbeben mit den heute vorhandenen Meßinstrumenten von einer Kernexplosion unter der Erde nicht mit Sicherheit zu unterscheiden ist.

Von dieser gemeinsamen Erkenntnis der Wissenschaftler ausgehend, griffen nunmehr in Genf die Politiker wieder ein und suchten nach einem wirksamen Kontrollsystem, mit dessen Hilfe auch unterirdische Atomexplosionen beobachtet werden können.

21. September 1959

Man hat bisher drei Möglichkeiten vorgeschlagen. Der Westen will Kontrollkommissionen, zusammengesetzt aus Amerikanern, Russen und Engländern, die dann in Funktion treten, wenn der Vorsitzende dieser Kommission es für notwendig hält. Dagegen wenden die Russen ein: Da der Vorsitzende dieser Kommission wahrscheinlich ein Mann des Westens sein wird, kann dieser einseitige Entscheidungen zu Ungunsten der Sowjetunion treffen. Die Russen warteten im Gegenzug mit dem Vorschlag auf, man solle Inspektionen nur dann vornehmen, wenn zwischen den Signatarmächtern eines Kontrollabkommens Übereinstimmung über den Einsatz einer Kontrollgruppe erfolgt sei. Das Gegenargument des Westens: Das würde das Kontrollsystem doch in seiner Tätigkeit blockieren, da ja dann ein Veto genüge, um die Übereinstimmung nicht zustandekommen zu lassen.

Als der britische Premierminister Macmillan in Moskau war, hat er Chruschtschow einen Vermittlungsvorschlag unterbreitet, den dieser sich danach in einem Brief an Eisenhower (April 1959) zu eigen machte. Dort heißt es, - das ist Macmillans Idee - man solle Inspektionsgruppen periodisch einsetzen, um auf diese Weise ein Turnus der Kontrollen in allen Staaten zu ermöglichen.

Die Frage ist jetzt, ob nach der UNO-Rede Chruschtschows die Verhandlungen über wirksame Kontrollen von Atomexplosionen weitergeführt werden können oder ob man gleich eine Koordinierung mit der noch ausstehenden internationalen Diskussion über Kontrollmöglichkeiten auch für sogenannte konventionelle Rüstungen vornimmt, deren Verringerung ja ebenfalls in dem letzten sowjetischen Vorschlag vorgesehen ist.

Verschiedene Informationen, sowohl aus den Vereinigten Staaten wie auch aus der Sowjetunion, lassen darauf schließen, daß diese Frage zum zentralen Problem des nunmehr begonnenen direkten Dialogs zwischen Ost und West werden dürfte.

+ + +

Deutsch-mexikanische Kontakte

.D. - Mexiko

Heute haben wir Gelegenheit, unseren Lesern direkt aus dem fernen Mexico-City einige unmittelbare Eindrücke zu vermitteln, die ihnen der hessische SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Schmitt zugleich als einen Gruss an die engere und grössere Heimat überbringt. MdB Hermann Schmitt-Vockenhausen hat im Rahmen einer fünfköpfigen Studien-gruppe des Bundestages in den letzten zehn Tagen das Land Mexiko in seinen eigenartigen sozialen, politischen und kulturellen Aspekten kennengelernt.

Ein fremdes Land, mitten in einem so tiefen sozialen Wandlungsprozess, und in einer so stürmischen Industrialisierung, dazu noch mit seinen überwältigenden Widersprüchen, auch nur in der Flugschau in seinen wesentlichen Grundzügen verstehen zu lernen, erforderte eine grosse geistige Aufgeschlossenheit, und im persönlichen eine intensive Leistung, die Elan bedeutet.

*

Herr Bundestagsabgeordneter, bitte, wollen Sie vor Ihrer Weiterreise nach Costa Rica und Venezuela Ihre wesentlichen Eindrücke aus Mexiko zusammenfassen?

Mexiko ist ein Land, das sich in einem Entwicklungsprozess von ungeheuren Ausmass befindet, der erfreulicherweise alle Gebiete des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens erfasst hat.

Was ist nach Ihrer Meinung das besondere Interesse des heutigen Deutschlands an dem Entwicklungsland Mexiko?

Mexiko ist ein Partner, der durch politisch stabile Verhältnisse eine ausgezeichnete Position für eine Verbesserung der deutsch-mexikanischen Beziehungen hat, und der durch eine gute Währung eine Grundlage für den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen bietet. Es kommt hinzu, dass ich Mexiko als ein Land kennengelernt habe, das nicht nur Verbindungen mit den Vereinigten Staaten und Lateinamerika hat, sondern das durch Geschichte und Tradition auch Europa zugewandt ist.

Welche Anregungen oder Vorschläge könnten die Abgeordneten nach ihren so überaus positiven Eindrücken, die sie in diesem Land empfangen haben, nach ihrer Rückkehr zur Vertiefung der deutsch-mexikanischen Beziehungen der deutschen Öffentlichkeit unterbreiten?

Ich glaube, dass sich die deutsche Öffentlichkeit mit einer Reihe von Fragen und Möglichkeiten beschäftigen sollte, die sich aus unserem Besuch ergeben. Ich denke dabei an die stärkere Vermehrung von Praktikantenstellen für junge Mexikaner in der deutschen Wirtschaft, an den Austausch von Professoren zwischen deutschen und mexikanischen Universitäten, an mehr Freistellen für mexikanische Studenten in der Bundesrepublik. Darüber hinaus sollten m.E. Delegationen aus allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens die Möglichkeit haben, nach Mexiko zu reisen, um umgekehrt Mexikanern die Möglichkeit zu bieten, die Entwicklung in Deutschland persönlich kennenzulernen.

Sicher dürfte eine unmittelbare Flugverbindung mit Mexiko der Förderung der Beziehungen der beiden Länder dienen, und schliesslich möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass natürlich auch Kredite für den weiteren Ausbau der mexikanischen Wirtschaft von Bedeutung sein werden.

+ + +

- 4 -

Adenauer torpediert Parteireform

sp - Die von Juli auf Ende September verschobene Tagung des Bundesausschusses der CDU wird sich vor eine unlösbare Aufgabe gestellt sehen, wenn sie die Reformvorschläge der Landesvorsitzenden von Anfang Juli durchführen will. Auf der Bundesvorstandstagung in der vergangenen Woche hat Adenauer als Parteivorsitzender bereits zu verstehen gegeben, dass er sie für unrealistisch hält und daher nicht unterstützen wird. Das bedeutet, dass nicht nur der politische Ehrgeiz der bisherigen Stellvertreter, von denen nach den Reformvorschlägen zwei auszuschneiden hätten, sondern auch der allmächtige Wille des Mannes, ohne den in der CDU nichts zu geschehen pflegt, überwunden werden müssen, soll die Parteispitze wirklich aktiviert werden. Unter diesen Umständen beginnt man in Bonner CDU-Kreisen daran zu zweifeln, dass am 28. September bereits Beschlüsse gefasst werden können. Nach allen Erfahrungen wird man sich darauf beschränken, eine Kommission einzusetzen und die Entscheidungen bis zum Parteitag im kommenden Frühjahr zu vertagen. Damit wäre für Adenauer Zeit gewonnen. Im nächsten Jahr beginnt bereits die Vorbereitung auf den Wahlkampf zum vierten Bundestag. Sie dürfte die Verschiebung grundlegender Änderungen bis nach den Wahlen rechtfertigen, womit die Parteikrise - hervorgerufen durch Dr. Adenauers Verhalten bei der Kandidatenaufstellung für das Bundespräsidentenamt - auf ungewisse Zeit bestehen bleibt.

Vor dem Bundesvorstand hat Dr. Adenauer vage Andeutungen über Reorganisationspläne gemacht, wie sie ihm vorschweben. Soviel begriffen die Anwesenden, dass aus der föderalistisch gegliederten CDU eine "Bundespartei" werden soll. Allerdings vermochten sie sich nicht ganz klar zu werden, was diese Formulierung eigentlich bedeuten soll. So vermutet man dahinter die alte Forderung der Bundesgeschäftsstelle nach vermehrtem Einfluss. Bisher bestand deren Aufgabe hauptsächlich in der Planung und Durchführung der grossen Bundestagswahlkämpfe, für die die Mittel zentral bereitstehen. Dabei stiess man auf gewisse Mängel der in Landes- und Kreisverbände gegliederten Organisation. Durch Einrichtung einer zentralen Mitgliederkartei und Übertragung der zentralen Gewalt über Einstellung und Entlassung der Geschäftsführer in den Wahlkreisen hofft man diese zu beseitigen und die Partei damit schlagkräftiger zu machen. Dadurch würde vor allem die Macht der "Landesfürsten"

der CDU - dem Parteiführer seit langem ein Dorn im Auge - erheblich vermindert werden; gleichzeitig bedeutete dieser Vorschlag aber auch eine Verlegung der monatlich pro Wahlkreis bereitgestellten Mittel des zentralen Finanzierungs-Instituts der deutschen Wirtschaft auf die Parteizentrale. Die seit langem geplante propagandistische Schwerpunktbildung in den Wahlreisen, für die in der Bundesgeschäftsstelle seit einiger Zeit statistische und technische Vorarbeiten geleistet werden, könnten dann von den Landesverbänden aus nicht mehr beeinflusst werden.

Aus alledem ergibt sich ein sichtbarer Gegensatz zu dem Ziel, das den Landesvorsitzenden bei ihren Vorschlägen verschwebte, nämlich die Spitze der Partei zu demokratisieren, ihre Abhängigkeit von dem Willen eines einzigen Mannes zu beseitigen und sie damit aktionsfähiger zu machen. Nachdem Adenauer seine Skepsis gegenüber diesen Vorschlägen zu erkennen gegeben hat, scheint die Parteireform auf eine Auseinandersetzung zwischen den Landesvorsitzenden und dem Parteivorsitzenden hinauszulaufen, deren Ausgang zumindest ungewiss ist. Solange es Adenauer in der Hand hat, die Frage seiner Nachfolge auf die ihm eigene Weise zu behandeln, werden ihm die bisherigen Stellvertreter keine Schwierigkeiten machen, bis auf Kai-Uwe von Hassel vielleicht, der als einziger über eine starke Position in seinem schleswig-holsteinischen Landesverband verfügt. Jedenfalls verlautet aus der Bundesvorstandssitzung, dass bisher keiner der Stellvertreter seine Bereitschaft zum Rücktritt von einem Amt zu erkennen gegeben hat, das für die Parteiführung einmal von grösster Bedeutung werden kann.

+ + +

Schweigen bei Schröder

sp - Dass im Bundesinnenministerium mit grosser Diskretion an einer Anzahl von "Notstandsgesetzen" gearbeitet wird, die nach dem Willen des Bundeskabinetts noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages verabschiedet werden sollen, ist bekannt. Dass aber verdächtig stille Arbeit an derlei suspekten Gesetzesvorhaben in der Öffentlichkeit Sorge und Misstrauen auslösen muss, scheint hingegen nicht überall bekannt zu sein. Was jedenfalls die Bundesregierung betrifft, so scheint sie sich durch die Unruhe derer, von denen sie in absehbarer Zeit Gesetzestreue ihren abenteuerlichen Vorhaben gegenüber erwartet, nicht im mindesten beeindruckt zu lassen. Sie traut in ihrer Gesetzes-

küche und schweigt - was auch immer die Zeitungen über den offenbar immer mehr anschwellenden Notstandsgesetzkatolog berichten.

Auf der Suche nach den Motiven für diese Schweigsamkeit begreift man bald, dass es sich hier keineswegs um jene schöne Spielart des Schweigens handelt, die Goldes wert ist. Das Schweigen der Bundesregierung hat das schlechte Gewissen zum Hintergrund, und dieses schlechte Gewissen ist wahrlich angebracht. Zunächst nämlich weiss die Bundesregierung, dass ihre Gesetzespläne zum mindesten zu einem gehörigen Teil verfassungsändernde Absichten haben, die sie indessen kaschieren will, weil sie im Bundestag ohne die Sozialdemokraten keine qualifizierte Mehrheit für ihre Gesetze erhält. Offenkundig sucht sie nun nach Hintertüren, durch die sie ihre Projekte in den Bundestag tragen kann, wo sie dann gewiss mit schöner Unbefangenheit behaupten wird, es handle sich um einfache Gesetze, die lediglich der einfachen Mehrheit bedürfen.

Aber es gibt auch eine weitere Seite des schlechten Gewissens, die der Bundesregierung ihre Schweigsamkeit eingibt: Sie weiss, dass ihre Notstandsgesetzpläne auf eine Bevölkerung treffen, die kein Verständnis für die obrigkeitsbezogene Vorstellungswelt des Bundesinnenministers hat, dessen Züge die Notstandsgesetze tragen werden. Deshalb schweigt sie, solange es mit Schweigen geht und hofft offensichtlich, ihre anrühigen Gesetze möglichst geräuschlos und möglichst unauffällig wirksam machen zu können.

Das ist ein schlechter Stil, und er will gar nicht zu jenen schönen Deklarationen passen, die man in den vergangenen Tagen aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der Gesetzgebungsorgane in Bonn allenthalben vortrug. Das ist ein Stil der Unredlichkeit und der vorsätzlichen Missachtung der Bürger, die ein Recht darauf haben, zu wissen, was die Bundesregierung mit ihnen vorhat.

Man wird kaum hoffen dürfen, dass die Bundesregierung ihre Notstandsabsichten aufgibt, denn sie war noch stets von besonderer Beharrlichkeit, wenn sie auf schlechten Wegen war. Wenn sie aber in der Tat von der Notwendigkeit ihrer Notstandsgesetze mannigfachster Art überzeugt ist - wofür der Nachweis zu erbringen ihr nicht leicht fallen dürfte - so ist vollends unverständlich, weshalb sie nicht längst der Öffentlichkeit klaren Wein eingeschenkt und begründet hat, weshalb sie sich mit derlei makabren Projekten abgibt.

Genau das sollte sie tun, sofort und ohne Vorbehalt: Die Wahrheit über ihre Absichten sagen, die Bundesrepublik mit Notstandsgesetzen zu versehen.

Zwei deutsche Theater in Rumänien

rh. Die Prager deutsche Zeitung "Aufbau und Frieden" unterhielt sich mit einem rumänischen Gast des kürzlich in Prag und Karlsbad veranstalteten Theaterfestivals und Theaterseminars und erfuhr dabei interessante Einzelheiten über das deutsche Theaterleben im heutigen Rumänien. Danach gibt es in Rumänien zwei deutsche staatliche Bühnen und zwar in Temesvar (rumänisches Banat) und Hermannstadt (südliches Siebenbürgen). Die deutsche Bühne in Temesvar ist dem dortigen staatlichen Nationaltheater angegliedert und spielt an drei Tagen in der Woche im Theatergebäude. An den übrigen Tagen finden Gastspiele in Orten mit deutscher Bevölkerung statt. Das deutsche Theater in Hermannstadt besitzt ein eigenes modernes Theatergebäude, wo es gleichfalls dreimal wöchentlich spielt, um die übrigen Tage zu Gastspielfahrten in andere siebenbürgische Städte zu verwenden.

Ähnlich wie das deutsche Wandertheater in der CSR haben die beiden rumäniendeutschen Theater unter Nachwuchsschwierigkeiten zu leiden. Sie können jedoch aus den zahlreichen deutschen Laienspielgruppen ständig neue Kräfte heranziehen. Denn diese Laienspieler werden nicht nur immer wieder in Kursen geschult, sondern sollen selbst über ein hohes künstlerisches Niveau verfügen. In einem ganzstaatlichen Wettbewerb der Laienspielgruppen von Rumänien, der im Vorjahr stattfand, wurde die deutsche Laienspielgruppe "Friedrich Schiller" in Bukarest mit dem zweiten Platz ausgezeichnet.

Über den Spielplan der deutschen Theater in Rumänien erfährt man, dass sie "vor allem deutsche Klassiker, daneben sowjetische und rumänische Autoren, Goldoni, Lope de Vega, aber auch fortschrittliche Autoren des Westens und natürlich auch Brecht" spielen. Bei einem Festival in Hermannstadt, an dem neben den beiden deutschen Bühnen zwei ungarische und ein jüdisches Theater teilnahmen, wurde u.a. von Brecht "Die Gewehre der Frau Carrer" deutsch aufgeführt.

Gesprächspartner der Prager deutschen Zeitung war die Schauspielerin am Bukarester Teatrul Municipal (Stadttheater), Frau Beate Fredanov, die den Titel einer "Verdienten Künstlerin" führt. Sie berichtete, dass sie ihren Aufenthalt in der CSR auch dazu benutzen wolle, mit den massgebenden Stellen über die Möglichkeiten eines Austauschgastspiels der deutschen Bühnen in der CSR und Rumänien zu sprechen. Nach ihrer Aussage werden die beiden deutschen Theater in Rumänien vom Staat weitgehend moralisch, künstlerisch und finanziell unterstützt. + + +

- - - - - Verantwortlich: Günter Markscheffel - - - - -